Beilage des „Neuen Vorwärts" Nr. 3

Geist für Tertianer

Dichtung im Dritten Reich

„Aber Sie wollen doch nicht ganz Deutschland in bezug auf die zu lesenden Bücher als Tertianer und Konfirmandinnen behandelt wissen?... Wohin immer mehr drängte sich unsere schöngeistige Literatur? Schließlich hätte jedes geschriebene Buch den Regierungen abgeliefert werden müssen, damit der Provinzialschulrat sein endgültiges Urteil gäbe — vielleicht in dem Sinne, daß er sich die ganze Welt als ein Seminar gedacht hätte. Dann wäre nur das in unsere Hände gekommen, was ein Seminarist lesen darf."

(Detlev von Liliencron in „Breide Hummelsbüttel".)

Herrlich soll, so hat Herr Hitler verheißen, im Dritetn Reich die nationale Kunst und Dichtung auferstehen und die „internationale Asphaltliteratur" vernichten. Also kamen die besten Namen und Werke deutscher Dichtung — Ausländer wurden geschont — auf den Scheiterhaufen. Das besorgten geistverlassene Braunhemden, man brauchte dabei keinen van der Lubbe zu bemühen. Die Bahn für gesinnungstüchtigen Dilletantismus ist frei, und er tobt sich bereits so aus, daß jüngst einer der nationalsozialistischen Zionswächter seine Stimme dagegen erheben mußte: derselbe Mann, der u. a. durch einen Kitschroman berüchtigt wurde, in dem er sein sattsam bekannt gewordenes Nestbild vom Vogelmännchen und Vogelweibchen als vorbildlich für die deutsche Ehe erklärte. Der Propagandaminister? Jawohl, Herr Goebbels selbst. In einer Rede, die durch deutsche Blätter ging, donnerte er gegen Filme, „die mit der nationalen Erhebung Geschäfte machen"; man müsse die Heldendichterei Berufenen überlassen. Die seit dem 5. März erschienenen nationalen Kitschfilme machten nämlich schlechte Geschäfte. Wenn in Filmen wie den „Schwarzen Sturmfahnen", einem Bauernfilm, immer wieder nur Hitlers Bild als Apotheose und Pointe über den Sturmfahnen auftaucht — wer hält diesen Kampf gegen die Kinobesucher auf die Dauer aus? Die Kinos nicht! Die Kassenrapporte waren entsetzlich, die „nationalen Befreiungswerke" lockten den Pleitegeier über die Filmhäuser. Darum Goebbels Notschrei. Eine deutsche Filmbank wurde gegründet; sie steht unter nationalsozialistischem Protektorat und will mit der „verjudeten Asphaltproduktion" gute Geschäfte machen, um den nationalen Kitschfilm zu finanzieren. Und so wird man denn nach den bisherigen Ankündigungen in den deutschen Kinos bald verruchte jüdische Geschäftsfilme — verfertigt von Juden wie Neufels, Rabinowitsch, Eis, Katscher etc. — neben Kitschfilmen der „nationalen Erhebung" sehen wie „S. A.-Mann Brand", „Hitlerjunge Quex" oder den Horst-Wesselfilm „Es geht ein Lied um die Welt". Wobei zugegeben werden soll, daß der letztere spannend und packend werden könnte, wenn man darin das Zuhältermilieu zeigte, in dem sich Horst Wessel bewegte, die Straßendirne, die er mit kommunistischen Bewerbern teilte und die allerhand verpfiff, was dem Hitlerjüngling schließlich zum Verderben wurde. Aber auf solche Zerstörung der Horst-Wessel-Legende wird man leider verzichten und dafür wiederum eins jener großen Lügenbilder aufmachen, an denen die Welt des Hakenkreuzes überreich ist.

Auch der Funk läßt sich nicht lumpen — echte Dichtung ist daraus verbannt. Militärhörspiel und patriotische Unkunst triumphieren. Wobei auffällig und typisch ist, wie rasch die freiwilligen und unfreiwilligen Wächter der gleichgeschalteten Dichtung ihre deutsche Muttersprache verlernen. Otto Heinz Jahn, gegenwärtig Dramaturg des Deutschlandsenders, wagt in seinem Programm folgenden Schwulst: „Aus den vielen Vergehen der Kunst wird jetzt das einzige Geschehen der Kunst im Aufruf des deutschen Gewissens . . ." Wie soll man auch ein Programm klar darlegen, das auf völlige Vernichtung des Geistes und der künstlerischen Freiheit ausgeht und die Diktatur des blutigsten Dilletantismus über die Stätten der Kunst und Dichtung verhängt!

Seit einigen Wochen wird das deutsche Theater gegängelt von einer sozusagen staatlichen „Dramaturgischen Zentralstelle", die den Bühnen nationalen Schmuß und Hakenkreuzmist aufzunötigen sucht. Gutgesinnte Nichtskönner und handwerkmäßige Verfertiger neudeutscher Heldendramen, über die noch vor Monaten jeder ehrliche Dramaturg lachte, sollen durch solchen Druck endlich auf das Publikum losgelassen werden und Liliencrons Befürchtung wandelt sich zwanzig Jahre nach seinem Tode zur traurigen Wahrheit: das deutsche Publikum wird wie ein Volk von Tertianern und Konfirmandinnen behandelt. Verstaubte Dilletantenschubladen öffnen und die Theaterleute bekreuzigen sich. Schlageterdramen, die diesen Spion und Verräter seiner Kameraden als Nationalheiligen auf die Bretter stellen, prasseln über Bühnen, vor denen das Publikum fehlt. Ein großer Berliner Verlag, der sich noch vor Monaten solcher Geschäfte geschämt hätte, vertreibt ein Schmierenstück „Der braune Soldat", verfertigt von einem bisher mit Recht durchaus unbekannten Christian Hilker. In verlogener Schwarzweißmanier steht darin der Kommunist neben dem Nazi: der erstere ein Schwein, der letztere ein braunhemdiger edler Heldenjüngling. Theaterdirektoren werden von der „Zentralstelle" ersucht, sich mit solchem Mist einzudecken, wenn sie es mit Deutschlands neuen Herren nicht verderben wollen. Bei den meisten dürfte die Pleite angesichts solcher Mißhandlung des Spielplans ohnehin nicht lange auf sich warten lassen.

Bald werden hakenkreuzlerische Heldenromane, neben denen die Bücher der seligen Marlitt geradezu gestalterisch und lebenswahr wirken, den Buchhandel überschwemmen. Von der Blutlyrik, wie sie sich bisher in Naziblättern austobte, nicht zu reden. Mit der deutschen Freiheit wanderte die Dichtung freier Geister — soweit es sich, wie gesagt, nicht um gewisse Ausländer handelt — auf den Scheiterhaufen, gesinnungstüchtiger Kitsch und neubyzantinischer Schund beherrschen das deutsche Feld.

Dieser Tage fiel mir eine Zeichnung Goyas in die Hände: ein Esel sitzt vor einem aufgeschlagenen Buch, auf dessen Blättern sich Esel an Esel reiht. Und mit Erschütterung erkannte ich das geistige Bild Hitlerdeutschlands: dem „Volk der Dichter und Denker" wird von staatswegen eine Literatur aufoktroyiert, die von Eseln für Esel fabriziert ist.

Bruno Brandy.

Wer ist illegal?

Das Wort „illegal" stammt aus dem Sprachschatz der obrigkeit-staatlichen Polizei und heißt, aus dem Lateinischen ins Deutsche übersetzt, „ungesetzlich". Leider ist es gelungen, dieses Wort auch in die Sprache der Sozialisten einzuschmuggeln. Man spricht von „illegaler Arbeit" und nennt sich wohl selber mit Stolz „illegal".

Nun ist aber die Anwendung dieses Ausdrucks auf die gegenwärtige Arbeit der Sozialdemokratie eine groteske Umkehrung aller Begriffe. Illegal sind nicht wir und unsere Bestrebungen. Illegal, wider Verfassung, Gesetz und alle menschlichen Begriffe von Recht und Gerechtigkeit, sind die Zustände, die heute in Deutschland herrschen, und Gesetzesbrecher, Rechtsbrecher sind nicht wir, sondern es sind die Leute, die diese Zustände herbeigeführt haben.

Wenn wir mit allen Mitteln, die uns zweckmäßig erscheinen, diese ungesetzlichen, rechtswidrigen Zustände zu ändern bestrebt sind — sind wir deshalb illegal?

Nein, wir sind im Kampfe gegen die Illegalität der deutschen Zustände. Vorkämpfer einer neuen Legalität, die die ursprünglichsten Begriffe von Recht, Anstand und menschlicher Gesittung wieder zur Geltung bringen will.

Sind wir etwa „illegal", wenn wir das Recht, über die deutschen Zustände unsere Meinung zu sagen und diese Meinung in Deutschland zu verbreiten, für uns in Anspruch nehmen? Nein, wir nehmen uns nur das Recht wieder, das man uns verbrecherischer Weise raubte, als man unsere Presse verbot mit der bewußt erlogenen Begründung, der Reichstagsbrandstifter habe im Einvernehmen mit uns gehandelt. Und soll es gar „illegal" sein, wenn wir das Eigentum der Arbeiterbewegung vor Räubern zu schützen, es seinen ursprünglichen Zwecken zu erhalten bestrebt sind? Seit wann handelt der Dieb „legal" und der Bestohlene „illegal"?

Wollten wir uns selber als die „Illegalen", die „Ungesetzlichen" bezeichnen, so würden wir damit die Hitler, Göring und ihre Spießgesellen als die „Legalen", die „Gesetzlichen" anerkennen, die sie nicht sind und gar nicht einmal sein wollen. Erklären sie doch selbst die Vernichtung der bisherigen Legalität für ihre geschichtliche Aufgabe. Zur Schaffung eines neuen Zustandes der Gesetzlichkeit sind sie aber noch nicht gekommen, und alles was sie tun, ist verbrecherische Willkür.

Lassen wir uns also nicht durch den gedankenlosen Gebrauch eines gefährlichen Wortes in eine falsche Stellung drängen! Alles was wir tun, beruht auf Gesetz und Recht und gilt dem Kampf für die Herstellung einer gerechten menschenwürdigen Rechtsordnung. Nicht wir sondern unsere Feinde sind illegal!

Der Meisterdieb

Ein neudeutsches Märchen.

Von Robert.

Wieder einmal, wie alljährlich im Mai, versammelten sich die großen Diebe der Erde, damit der Würdigste unter ihnen den Preis der Hölle empfange. Woher sie Termin und Ort des Stelldicheins kennen, das weiß der Teufel. Tatsache ist, daß alle großen Diebe darum wissen und durch geheime Botschaften orientiert werden.

Ringsum dämmerten Maienblüten, Jahrgang 1933, in verschwenderischer Ueppigkeit durch das Abenddunkel, als Mephisto wie aus dem Boden gewachsen vor seiner stattlichen Meisterschar auftauchte. Ein rascher Blick auf die Gesichter genügte ihm — und schon sonderte er die großen Gauner von den kleineren. „Gehe jeglicher wieder an seinen Platz und diene der Hölle!" — entließ er den großen Haufen der Einbrecher und Geldschrankknakker, der Raubmörder und Fassadenkletterer. Nur drei blieben auf dem Plan. „Euch, meine lieben Burschen, seh ich's an den Gesichtern an, daß Ihr mir Großes zu berichten habt. Wer vor Euch maßt sich an, den großen Jahrespreis der Hölle verdient zu haben?" Syrock Beelzebub und musterte die Drei.

Da trat der Erste vor, neigte sich, schlug den Mantel zurück und ließ diamantene Fülle im Mondlicht blitzen: „Siehe, Fürst der Hölle, diese Monstranz holte ich während des Gottesdienstes in einer von Tausenden erfüllten Kirche vom Altar." Grinsend und mit triumphierendem Siegerlächeln ging er auf seinen Platz zurück.

Da nahte sich der Zweite und, frech wie er war, ohne Verbeugung und Einleitung, donnerte er im Bierbaß: „Mußt du nicht lachen, oh Mephisto? Wer hat die Kirche noch nicht bestohlen? Und dessen rühmt sich dieser Stümper! Da, seht mich an! Der afrikanische Sultan Habibima besaß den prächtigsten Thronsessel des schwarzen Erdteils, aus Elfenbein geschnitzt, diamantengeschmückt. Während er in diesem Wunderwerk schlief, stahl ich ihm das Ding unterm Arsch weg und schob ihm einen alten zerlöcherten Rohrstuhl, für den meine Base keinen Schilling gegeben hätte, unter den speckigen Hintern."

„Gut, gut," lächelte der Teufel, „wacker, wacker, mein Sohn! Mir scheint, das mit dem Höllenpreis ist entschieden. Wer will dir die Krone der Gaunerei streitig machen?"

„Ich!" rief der Dritte, und der kleine unscheinbare Wicht sprang mit beiden Beinen in den Kreis. „Was ist das schon: Monstranz, Thronsessel und andere leblose Nichtigkeiten zu ergattern? Davon, daß meine Bande vielen Millionen Arbeitern ihre Volkshäuser und Zeitungen raubte, will ich gar kein Wesens machen. Mit solchem Blech gibt sich der kleine Hinkende nicht ab. Ich stahl den Menschen das, was sie zu den Herren der Erde gemacht, das, wovon unsereiner zu wenig hat — nämlich Geist, Ideale, Ideen. Niemand wird es grimmiger bejubeln, als du, oh Herrscher der Unterwelt! Ich stahl einer großen, mächtigen internationalen Bewegung den Namen ihrer Idee und machte ein Firmenschild, ein Reklameplakat für uns daraus. „Sozialismus" stand darauf. Meine Bande stahl den Arbeitern die besten ihrer Lieder und ließ auf die Melodien blutige Hunnentexte dichten, deren sich des Teufels Großmutter in ihren gemeinsten Stunden nicht zu schämen brauchte. Ich stahl dem Proletariat der Welt den 1. Mai und machte den Tag der nationalen Maskerade daraus; ich stahl den Friedensfreunden die Worte vom Mund und formte eine große Lüge zur Tarnung militärischer Rüstungen daraus. Ich stahl — — —"

„Halt ein!" fuhr der Teufel entsetzt dazwischen. „Wer sind sie, Herr?" und er konzentrierte sich nach rückwärts, starrte auf den Klumpfuß, auf das kleine, verkniffene Rattengesicht, auf die große, höckrige, mißgestaltete Nase und frug: „Herr, sind sie nicht der Propagandachef und Einpeitscher von — — —" Jäh brach der Teufel ab, nahm den Schwanz über den Arm, spie aus, barg die zwei andern Gauner unter seinem Mantel.

„Kommt, meine wackeren Jungens, mit dem will selbst der Teufel nichts zu tun haben." Und entschwand . . . . .

An einen deutschen Arbeiterjungen!

Nicht weinen, mein Junge, es ist gescheh'n!
Du kannst deinen Vater nicht wiederseh'n.
Sie haben ihn auf der Flucht erschossen.
Junge, einen unserer besten Genossen!

Auf der Flucht erschossen! Junge! Du weißt!
Sie haben dir schon gesagt, was das heißt!
Zwei Kugeln von vorn, in die Stirn, in die Lunge.
Sie haben ihn hingerichtet, mein Junge!

Du siehst mich an so entsetzten Gesichts!
Sei tapfer, mein Kind, ich erspare dir nichts!
Sie haben ihn wie einen Hund geschunden!
Er hat den qualvollsten Tod gefunden!

Als sie ihn holten, da hast du geschrien.
Und als er dich streichelte, schlugen sie ihn.
Er konnte kein Wort des Abschieds mehr sagen.
Sie hatten ihm schon den Mund zerschlagen.

Sie schlugen auf ihn drei Tage lang,
Bis daß ihm die Haut auseinandersprang.
Zittre nicht, Junge! Du mußt es erfahren!
Ich will dir das Schrecklichste nicht ersparen!

Sie setzten ihm das Gewehr auf die Brust.
Aus blutendem Mund hat er singen gemußt.
Ihre Mordbrennerlieder mußte er singen,
Auf blutenden Füßen mußte er springen!

Und säh'st du heute sein totes Gesicht,
Du würdest schreien, du kennst ihn nicht!
Geschunden, zertreten, zerrissen, zerschossen!
Junge, einen unserer besten Genossen!
Wir trauern nicht, Junge, das ist nicht gut!
Jetzt nichts mehr fühlen als bennende Wut!
Und diese Glut darf nie mehr erkalten!
Für den Tag, wo wir Abrechnung halten!

Erhard Winzer.

Sie wollen nicht Hitler heißen

Fünf Familien in der Tschechoslowakei haben, wie tschechische Blätter berichten, in der letzten Zeit bei den zuständigen Behörden um die Erlaubnis ersucht, ihren bisherigen Namen Hitler ablegen zu dürfen. Von diesen fünf Familien sind drei jüdisch, während die beiden anderen es nach ihrer eigenen Angabe nicht sind.

Sklaverei in den Betrieben

Despotie des Kapitals

Als **Todfeind der Arbeiterschaft** erweist sich jeden Tag die Hitlerdiktatur. Sie verkündet die Aufhebung der Klassengegensätze, die Beseitigung des Klassenkampfes. In Wirklichkeit denkt sie nicht daran, an der kapitalistischen Ausbeutung das Geringste zu ändern. Die Klassen werden jetzt **Stände** getauft, die Klassenherrschaft des Kapitals über die Arbeit aber wird befestigt. Die Klassengegensätze bleiben, aber der **Klassenkampf der Arbeiter** wird gewaltsam unterdrückt. Nur in diesem Sinne haben die Nationalsozialisten den Klassenkampf „aufgehoben".

Die Unternehmer heißen jetzt die „Führerpersönlichkeiten" der Wirtschaft. Die Mode der Diktatur bekommt ihnen vortrefflich.

Jeder ein Hitler in seinem Betrieb, jeder ein Diktator über seine Arbeiter.

Die Arbeiter, die nur gemeinsam und organisiert dem Kapital gegenübertreten können, sind der Möglichkeit jedes Widerstandes beraubt. Den Gewerkschaften ist jeder Einfluß entrissen, sie sind zu einem Mittel der Unterdrückung der Arbeiter geworden. Das **Koalitionsrecht ist vernichtet**, ein **Zwangsarbeitsfrieden verordnet**. Dabei haben die Nationalsozialisten noch die Schamlosigkeit, von den Arbeitern für diese Unterdrückungsmaschinerie Beiträge zu fordern.

Aber nicht nur die Gewerkschaften sind aus einem Mittel der Befreiung in ein Mittel zur Knechtung der Arbeiter umgewandelt;

jede Organisationsmöglichkeit, jede Verständigung der Arbeiter untereinander, ist beseitigt.

Die Unternehmer, zumal die mächtigsten, sind gering an Zahl. Sie können sich leicht in ihren Büros, in ihren Sitzungen, in ihren Salons verständigen! Ihre Handelskammern, ihre Unternehmerverbände, ihre Kartelle, sind nach wie vor ungestört, die nationalsozialistischen Kommissare und erst recht die gleichgeschalteten Präsidenten und Syndici sind kein Haar anders geworden, seitdem sie Pg. sind. **Nur den Arbeitern** ist jede Verständigung unter sich verboten, sie dürfen nicht mal im Rahmen eines Kegelklubs über ihre Angelegenheiten sprechen.

Mit dem Koalitionsrecht ist zugleich das **Schlichtungswesen** vernichtet. An die Stelle der Schlichter treten die „Treuhänder der Arbeit". In einer Konferenz, die kürzlich bei dem lächerlichen Sodawasser-Fabrikanten, Stahlhelmführer von Röhms Gnaden und — Arbeitsminister **Seldte**, stattgefunden hat, wurde verkündet, daß diese Treuhänder künftig völlig allein, autoritär und rechtsverbindlich die Arbeitsverträge regeln. Sie sollen den Arbeitsfrieden aufrecht erhalten.

Die **Treuhänder** verkörpern die **höchste Staatsautorität** und sind daher lediglich an die Richtlinien und Weisungen der Reichsregierung gebunden. **Schlichtungsverhandlungen**, wie sie bisher nach dem liberalistischen und marxistischen Klassenkampfprinzip stattgefunden haben, **gibt es in Zukunft nicht mehr.**

Jede Mitwirkung der Gewerkschaften — selbst der jetzt allein existierenden nationalsozialistischen Verbände — ist also beseitigt. Die Arbeiter haben beim Abschluß des Arbeitsvertrages, der über ihre Existenz entscheidet, nichts mehr dreinzureden.

Aber sind nicht auch die **Unternehmer** in derselben Lage? Nein, denn die ernannten Treuhänder sind zwar keine Unternehmer, aber sie sind **Unternehmersöldlinge** und erfüllt von der kapitalistischen Vorstellung, daß der Arbeiter williges Ausbeutungsobjekt zu sein habe. Nicht ein einziger Vertrauensmann der Arbeiterschaft ist unter diesen Treuhändern der nationalsozialistischen Unterdrückungsarbeit im Dienste des Kapitals.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist eine Kette dauernder Erhöhung der Lebenshaltungskosten.

Die Treuhänder aber haben den „Arbeitsfrieden" zu bewahren, d. h. Lohnerhöhungen sind ausgeschlossen, Lohnkämpfe sind staatsfeindlich. Der Reallohn sinkt, die Kaufkraft der Massen wird gemindert. Das ist nationalsozialistische Krisenbekämpfung — getreueste Ausführung des Programms des Pg. **Thyssen.**

Die Nationalsozialisten haben bis zur Uebernahme der Macht die Forderung der Arbeitergewerkschaften, die **40-Stundenwoche** einzuführen, als ihre eigene vertreten. Die „Treuhänder der Arbeit" denken nicht daran, die Arbeitszeit zu verkürzen, um die Arbeitslosen in den Produktionsprozeß einzureihen. Sie denken weder in Deutschland daran. Sie haben sogar in **Genf** unter der Führung ihrer Pg. **Ley** und Dr. **Mansfeld**, des als Scharfmacher bekannten früheren Söldlings des Berliner Arbeitgeberverbandes, die Beratungen über die internationale Einführung der 40-Stundenwoche **sabotiert**. Die Helden, die den Versailler Friedensvertrag um 10 Jahre verlängert haben, die nicht aus dem Völkerbund ausgetreten sind, von den Beratungen des Internationalen Arbeitsamts sind sie davongelaufen. Der Internationale Arbeiterschutz ist ihnen genau so gleichgültig, wie die Interessen des arbeitenden Volkes in Deutschland.

Ganz anders aber sind die Gaben, die die Nationalsozialisten für die Unternehmer übrig haben.

Da sprach in der letzten Woche der Reichswirtschaftskommissar Dr. **Wagener** zu den mitteldeutschen Industriellen. Auch ihnen wurde das Eingreifen des Staates in Aussicht gestellt — freilich nicht zur Niederhaltung ihres Einkommens wie bei den Arbeitern, nein, ihnen ist die Staatsmacht **gnädig**. Die Wirtschaft — und man weiß, daß darunter in der Praxis nur die Unternehmer verstanden sind — soll sich selber verwalten. Wenn die Erzeugungsfähigkeit der Betriebe größer sei als der Bedarf, müsse etwas geschehen, eine sinnvolle **Planung**. Das **Kartell** sei dann am Platze. Dabei sei zweierlei auf gesetzlichem Wege zu bewirken: Es dürfe **keine Außenseiter** geben und dann dürften **keine neuen Betriebe** entstehen. Die Gewerbefreiheit müsse für die betreffenden Wirtschaftszweige aufgehoben werden.

Das Zwangskartell, das ist also ihr Sozialismus. Sie bekämpfen den Kapitalismus, indem sie ihm ein **unbeschränktes Monopol** geben. Sie wollen den Kapitalisten untertänigst die von ihnen mit Lug und Trug, mit Terror und Mord eroberte Staatsmacht zur Verfügung stellen, um den Unternehmern **jede Konkurrenz vom Leibe zu halten** und ihnen zu gestatten, die **Preise** nach Belieben **hoch** zu treiben. Wie im Handel, so soll auch in Gewerbe und Industrie die Errichtung neuer Betriebe verhindert werden. Ausnahmen für begünstigte Pg. sind natürlich zugelassen.

Die **Arbeiter und Angestellten** eine **entrechtete Masse** — die **Unternehmer**, eine in sich geschlossene, vor Zuzug und Konkurrenz **geschützte Kaste**, denen die Wirtschaft der Nation zu schrankenloser Ausbeutung durch die Diktatur zur Verfügung gestellt wird — das ist die Wahrheit über den Sozialismus Hitlers. Das ist die schamlose Enthüllung des großen Betrugs, der an dem deutschen Volke verübt worden ist. Monopolkapitalismus, das ist das letzte Wort dieses Nationalsozialismus, das ist die Arbeitsteilung, wie sie sich die Hitler und Göring gedacht haben:

den **Nationalsozialisten**, die schrankenlose Ausbeutung der politischen Macht,

den **Kapitalisten**, die schrankenlose Ausbeutung der Arbeiter und der Konsumenten.

Das ist der Sinn des Bündnisses, das Nationalsozialisten und Kapitalisten gegen das deutsche Volk geschlossen haben. Das ist ein **Geschäft**, aber es wird eine **Geschäftsstörung** geben!

Dr. Richard Kern.

Die Aufgabe der deutschen Genossen

Das Züricher „Volksrecht" vom 17. Juni bringt einen Artikel „Ruf zur Sammlung; eine Aufgabe der Arbeiter-Internationale gegenüber der deutschen Arbeiterklasse." In diesem Artikel heißt es: „Wir meinen, jene deutschen Sozialdemokraten hätten Recht, die uns schreiben, die Sozialistische Arbeiter-Internationale solle vorerst als Treuhänderin die Verwaltung der SPD. übernehmen, die Kräfte sammeln, und sobald wie möglich einen Parteitag außerhalb Deutschlands einzuberufen, um die Parteileitung und deren Sitz zu bestimmen." Als Erwiderung auf diesen Artikel hat der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich **Adler**, folgenden Brief an das „Volksrecht" gerichtet:

Mit großer Ueberraschung lese ich im „Vorwärts" vom 17. Juni den Artikel „Ruf zur Sammlung; eine Aufgabe der Arbeiter-Internationale gegenüber der deutschen Arbeiterklasse". Da der Artikel in Zürich, also am Ort, wo das Sekretariat der SAJ. seinen Sitz hat, erschienen ist, halt ich es, um Mißverständnisse und Legendenbildungen auszuschließen, für notwendig, folgendes festzustellen:

1. Der Artikel ist, ohne daß das Sekretariat der Sozialistischen Arbeiter-Internationale über die Absicht dieser Veröffentlichung irgendwie verständigt worden wäre, erschienen.

2. Jeder, der den Artikel „Die Aufgabe der Emigrantion in der vergewaltigten Partei", den ich in der „Internationalen Information" erscheinen ließ und den auch das „Volksrecht" vom 13. Juni zum Abdruck brachte, kennt, wird sich klar sein, daß ich die Voraussetzungen einer aktionsfähigen, deutschen sozialistischen Bewegung anders einschätze, als der Verfasser des Artikels „Ruf zur Sammlung". Es wäre daher nützlich gewesen, wenn in letzterem Artikel, der von der Aufgabe der Arbeiter-Internationale spricht, auf diesen Gegensatz besonders hingewiesen worden wäre.

3. Der Wunsch, daß „sobald wie möglich ein Parteitag außerhalb Deutschlands einberufen" werde, ist durchaus begreiflich und wird sicher von allen Genossen der deutschen Emigration geteilt. Wer aber glaubt, man könne, wie in normalen Zeiten mit dem Parteitag den **Anfang** machen, hat sich die ganze Kompliziertheit der Lage, in der sich die Arbeiterbewegung in Deutschland befindet, noch bei weitem nicht klargemacht. Jetzt sind **brennendere organisatorische Probleme** zu lösen, die erst die **Voraussetzungen für einen Parteitag** schaffen können. Unter dem Sozialistengesetz, wo alles viel einfacher war, vor allem, weil man eine wirklich immune Parlamentsfraktion zur Verfügung hatte, dauerte es nahezu zwei Jahre, bis der erste Parteitag auf Schloß Wyden möglich wurde.

4. Ich bin durchaus der Meinung, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale die Pflicht habe, den deutschen Genossen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu helfen, ich halte es aber für eine vollständig wirklichkeitsfremde Idee ihr zuzumuten, daß sie „die Verwaltung der SPD. übernehmen" sollte. Wer solche Ideen äußert, macht sich, meiner Meinung nach, ein sehr unzureichendes Bild von den Aufgaben, die jetzt zu leisten sind, und die **nur die deutschen Genossen selbst** zu bewältigen vermögen. Aber es handelt sich heute gar nicht mehr um die Erwägung, ob dieser oder jener Plan der Reorganisation besser sei, die Mehrheit des deutschen Parteivorstandes hat die **aktive Arbeit bereits aufgenommen**, die erste Nummer des „**Neuen Vorwärts**", der in Karlsbad ausgegeben wird, ist in Zürich bereits eingetroffen. Nun werden, so hoffe ich, auch jene deutschen Genossen, deren Gedanken der „Volksrecht"-Artikel Ausdruck gab, es als das Gebot der Stunde erkennen, wirklich „die Kräfte zu sammeln" und mit Energie daran mitzuarbeiten, daß die bereits erfolgte Initiative zu möglichst erfolgreichen Resultaten führe. Vollständig einverstanden bin ich mit dem Passus des „Ruf zur Sammlung" im „Volksrecht":

„Es geht nicht um Einzelpersonen. Und geht nicht um einen Streit bezüglich Schuldfragen. Es geht um das Vertrauen der deutschen Arbeitermassen. Und um die Sammlung dieser Massen".

Diese Sammlung ist in Angriff genommen. Sie ist die Voraussetzung für den dringend notwendigen, ununterbrochenen Kampf gegen das Hitlerische Schandregiment, aber auch für den geistigen Klärungsprozeß in der internationalen Arbeiterbewegung selbst, in dem die Voraussetzungen der Siegesmöglichkeiten der Arbeiterklasse neu untersucht werden müssen. An diesen großen Aufgaben mitzuwirken, ist heute die oberste Pflicht aller deutschen Genossen.

Friedrich Adler.

Die Mission des »Neuen Vorwärts«

Der „**Manchester Guardian**", das führende liberale Blatt Englands, schreibt:

Die deutschen sozialistischen Führer außerhalb Deutschlands haben das Hauptquartier ihrer Partei nach Prag verlegt und mit der Herausgabe einer neuen Parteizeitung des „**Neuen Vorwärts**" von der Tschechoslowakei aus begonnen. Kein Mensch kann daran zweifeln, daß sie die wahren Vertreter der deutschen Sektion der II. Internationale sind. Die sozialistischen Abgeordneten, die unter Herrn Löbes Führung in Deutschland geblieben sind, leben in einem furchtbaren Zwiespalt, der zwar ihre scheinbare Unaktivität erklärt, aber sie nicht zum Anspruch der Führerschaft berechtigt. Soweit sie noch nicht **in den Konzentrationslagern** sind, haben sie doch immer das Schicksal derer vor Augen, die **schon dort** sind. Aber wenn auch in Deutschland jede Kritik an der Naziregierung in Wort und Schrift vollkommen unmöglich geworden ist, die sozialistische Ueberzeugung der organisierten Arbeiter kann nicht mit einem Tage ausgerottet werden. Die Oppositionsstimmung wird bleiben, und der „Neue Vorwärts" wird ihr Ausdruck geben. Ihm werden die Sympathien aller gehören, die Deutschland noch einer Entwicklung **zur Freiheit** für fähig halten."

Unmittelbar nachdem dieser Aufsatz erschienen war, wurden in Berlin alle erreichbaren Mitglieder des Parteivorstandes in die Konzentrationslager verschleppt.

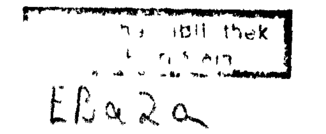
Ueberwachung der Privatgespräche

Pflicht zur Denunziation.

Der irrsinnige Despot von Preußen, Hermann **Göring**, verwarnt durch Rundfunk folgendes:

„Es ist beobachtet worden, daß **Beamte, Angestellte und Arbeiter** in der Unterhaltung mit anderen Personen Aeußerungen bekunden, die geeignet sind, **Unzufriedenheit** über die von der nationalen Regierung getroffenen Maßnahmen zu erzeugen und **Mißtrauen** unter die Bevölkerung zu säen. Es handelt sich um Personen, die man mit dem Ausdruck „**Miesmacher**" treffend kennzeichnen kann. Ich ordne allen Beamten, Angestellten und Arbeitern an, daß künftig in derartigen Methoden eine Fortsetzung der **marxistischen Hetze erblickt wird.** Miesmacher sind daher als **verkappte Marxisten** anzusehen, die sich auf diese Weise noch immer im marxistischen Sinne betätigen. Ich ersuche alle, denen Personaldienstaufsichtpflichten obliegen, **auf diese Fälle genau zu achten** und mir sofort die betreffenden Personen unverzüglich namhaft zu machen. **Ein Unterlassen dieser Anzeigen werde ich als eine betonte Solidaritätserklärung mit solchen Hetzern betrachten müssen.**"

Welche furchtbare Angst müssen Göring und seine Spießgesellen doch von der **Wahrheit** haben! Diese Angst macht sie tobsüchtig. Jetzt verlangen sie von ihren Sklavenaufsehern sogar, daß sie die Privatgespräche ihrer Sklaven überwachen! Jeder Aufseher wird in Zukunft wöchentlich ein paar Unglückliche ans Messer liefern müssen, wenn er sich **nicht** selber verdächtig machen will....



Die Londoner Blamage

Ein Stück aus dem Tollhaus der neudeutschen Außenpolitik

V. Sch., London, 27. Juni.

Die Reichsregierung kann vom Glück reden, daß das Hugenberg-Memorandum nur 48 Stunden im Mittelpunkt der Betrachtungen um die Weltwirtschaftskonferenz geblieben ist. Dann wurde diese Sensation abgelöst durch die plötzliche Weigerung Roosevelts, das zunächst entgegenkommende Verhalten der amerikanischen Delegation — oder eines Teils von ihr — zu billigen. Das Problem der Stabilisierung von Pfund, Dollar nnd Franken steht nun einmal im Mittelpunkt des Interesses, der hier versammelten Wirtschaftspolitiker aus allen Erdteilen, die darin die Kardinalfrage der Weltkrise erblicken.

In Kreisen, die mehr außenpolitisch interessiert sind, besonders bei den hiesigen Deutschen, wird das Memorandum noch lange Gesprächsstoff bleiben. Hat sich doch bei dieser Gelegenheit das wahre Gesicht des „Dritten Reiches" enthüllt, Unfähigkeit, Großmannssucht, Kulissenintrigen, Würdelosigkeit, Verlogenheit.

Selbstverständlich ist ist es nicht wahr, daß es sich um eine reine Privatarbeit des Herrn Hugenberg handelte. Vielmehr ist das Memorandum sehr eingehend in der Delegation durchgesprochen worden. Die deutschnationalen Freunde Hugenbergs in London, die natürlich wütend über die Desavouierung ihres Meisters waren, haben dies mit dem größten Nachdruck festgestellt. Sie betonten dabei, daß Hugenberg sich bewußt des Nazi-Jargons und der Nazi-Gedankengänge (Rosenberg!) bedient hätte. Als aber Herr Krogmann, der Hamburger Hitler-Oberbonze, nachträglich gemerkt hätte, daß die Sache schief ausging, hätte er sofort die Gelegenheit wahrgenommen, um eine innerpolitische Intrige gegen Hugenberg einzufädeln und sich dabei würdelos dem Ausland anzubiedern: „Seht, was diese Deutschnationalen für Hornochsen sind. Mit ihrer Plumpheit machen sie alles kaputt. Wir aber, die Nationalsozialisten, haben sofort dafür gesorgt, daß das Memorandum zurückgezogen und sein Verfasser desavouiert werde. Wir, die Nazis, sind viel vernünftiger, mit uns könnt Ihr Euch viel leichter verständigen. Wenn wir erst den Hugenberg aus der Regierung rausgeschmissen haben, wird es für die Welt viel leichter sein, sich mit uns zu vertragen."

Dieselben Deutschnationalen, die diese durchaus glaubwürdige Darstellung des Vorganges verbreiteten, versicherten übrigens, daß Hugenberg mittlerweile in Berlin bei Hitler recht bekommen hätte und spätestens am (vergangenen) Freitag wieder in London eintreffen würde.

Inzwischen ist es freilich ganz anders gekommen. Wenn diese Zeilen erscheinen, wird es wohl schon entschieden sein, ob der Geheimrat schon jetzt ausgebootet wurde oder ob sich der „sture Bock" eine neue Galgenfrist ausgehandelt hat. Aber auf der Konferenz, wo täglich ein Witz des Tages geprägt wird, sagte man nach der Auflösung des „Deutschnationalen Kampfringes":

„Glauben Sie noch, daß Hugenberg nach London zurückkehren wird?"

„O ja, warum denn nicht? Als politischer Flüchtling!"

Zwischendurch hatte sich um das Memorandum in Deutschland selbst ein Kasperle-Theater ersten Ranges abgespielt, über das man hier in politischen Kreisen noch herzlicher gelacht hat, als über das Memorandum selbst.

Erstens entdeckte man, daß das Memorandum in Deutschland nur in einem gefälschten WTB.-Auszug erschienen ist. So wurde der ganze Schluß, in dem auf Rußland und die kolonisierungsfähigen Gebiete im Osten unzweideutig Bezug genommen wird, einfach gestrichen. Bis heute weiß das deutsche Volk überhaupt nicht, was das Memorandum darüber sagte. Vielmehr wurde am nächsten Tag offiziös in Berlin dagegen protestiert, daß die Auslandspresse versuche, Rußland bei dieser Gelegenheit gegen Deutschland aufzuputschen, in dem sie Rußland willkürlich in die Affäre hineinziehe!

Der arme, gleichgeschaltete Leser im Hitler-Reich wurde dadurch erst darauf gestoßen, daß von der Sowjetunion in irgendeiner Form doch die Rede gewesen sein mußte. Daher bequemte man sich nach weiteren 24 Stunden zu einem gewundenen Teilgeständnis: Ja, der Name Rußland kam schon in der „Privatarbeit" Hugenbergs vor, aber in ganz anderem, harmlosem Zusammenhang. Und es ist im übrigen gar nicht zu bestreiten, daß es in Südamerika (!) und im Fernen Osten (!!) große Gebiete gebe, die deutsche Kolonisten aufnehmen könnten...

Aber der Heuchelei und dem Blödsinn hat doch Hitler allerhöchstpersönlich die Krone aufgesetzt, als er einem Kopenhagener Blatt ein Interview gewährte, in dem er zunächst Hugenberg abschüttelte und sodann allen Ernstes versicherte: Wenn wir Deutschen von Kolonien sprächen, so dächten wir dabei vor allem an — Ostpreußen!!!

Also: wenn die Deutschen unter Hitlers göttlicher Führung, Bauern auf den ostpreußischen Latifundien ansiedeln wollen, dann müssen sie erst die Welt dafür um Erlaubnis bitten und ein Memorandum einreichen, in dem vom afrikanischen Erdteil, von Rußland und von Osteuropa die Rede ist, wobei aber Südamerika und Ostasien gemeint sind, und in Wirklichkeit doch nur Ostpreußen...

„Mir wird von alledem so dumm,
als ging' mir ein Mühlrad im Kopf herum."

Inzwischen ist ja die „Totalisierung" des Nazi-Staates mit Riesensprüngen weiter geschritten und sie drückt sich immer stärker auch in der Zusammensetzung der deutschen Delegation aus. Deutschland wird von der Außenwelt immer mehr als ein politisches Naturschutzgebiet betrachtet, in dem sich Amokläufer ungehemmt austoben dürfen. Interessant war es allerdings, daß trotz der Abgestumpftheit die die täglichen Nachrichten über neue Gewaltstreiche. Verhaftungen und Mißhandlungen erzeugen, die Kunde des neuesten Vorgehens gegen die Sozialdemokratische Partei größtes Aufsehen erregt und den Gegenstand schärfster Leitartikel in der Londoner Presse aller Parteien gebildet hat. Alle Blätter, z. B. der liberale „Star", der konservative „Daily Telegraph", der arbeiterparteiliche „Daily Herald", der demokratisch-radikale „Manchester Guardian", aber auch andere Organe, unterstreichen dabei, daß die Sozialdemokratie noch vor wenigen Monaten trotz Wahlterrors über 7 Millionen Stimmen vereinigt hat.

Und es ist den Engländern nicht entgangen, daß Hitler, der gegen das eigene Volk so tapfer Krieg führt, inzwischen außenpolitisch wieder einmal vor dem Ausland, vor allem vor dem internationalen Kapital zu Kreuze gekrochen ist, als er nach dem bombastisch verkündeten Auslandsmoratorium ausgerechnet den Zinsendienst der Dawes- und der Younganleihen wieder aufzunehmen versprochen hat!

* * *

Nachschrift der Redaktion:

Inzwischen hat sich der Schwerpunkt der Affäre nach Moskau verschoben. Der Vertreter Rußlands auf der Wirtschaftskonferenz, Litwinoff, hatte zunächst versucht, die Sache humoristisch zu nehmen indem er der Presse erklärte:

„Gewisse Elemente um und in der deutschen Regierung, haben in der letzten Zeit die Welt mit Ideen zu beglücken versucht, die die öffentliche Meinung aller Länder spontan als phantastisch und extravagant bezeichnet hat. Die deutsche Regierung selbst hat uns wiederholt empfohlen, dieselbe Haltung zu diesen Ideen zu wählen und sie nicht ernst zu nehmen".

Die deutschen Delegierten, so schloß Litwinoff, hätten es offenbar für ihre Pflicht gehalten, in dieser ernsten Zeit für etwas Aufheiterung zu sorgen.

In Moskau hat man die Sache weniger heiter aufgenommen und hat eine messerscharfe Note nach Berlin gesendet, in der gegen alle Interventions- und Kolonisationsabsichten Protest eingelegt wird. Herr von Bülow, noch immer Staatssekretär im Reichsaußenministerium, hat — was sollte der arme Teufel machen — die Note ebenso scharf zurückgewiesen. Damit wäre man auch mit dem großen Rußland wie zuvor mit dem kleinen Oesterreich in einen Konflikt geraten, der nicht einmal auf irgendwelchen ernsten Ursachen beruht, sondern in ganz sinnloser Weise vom Zaune gebrochen worden ist. Der Umfang seiner Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland macht es aber dem Sowjetreich viel leichter, einen wirksamen Druck auszuüben. Macht es damit ernst, so werden die Berliner Maulhelden vor ihm ebenso kuschen, wie vor Franzosen und Engländern.

Rundschau aus dem „Dritten Reich"

Zusammengestellt aus Briefen, Berichten und Mitteilungen.

SA. meutert.

In B., einer Provinzstadt in Sachsen, rücken die SA.-Leute, die dort zur Bewachung eingesetzt worden sind, nach und nach ab. Scharführer und Truppführer müssen mit Posten stehen. Die Wachmannschaften erhalten früh eine Schnitte Brot mit Marmelade schwach bestrichen, abends eine solche mit Margarine und ein einziges Rädel Wurst oder Käse dazu. — In Hainewalde OL. sind verschiedene SA.-Leute von der Besatzung schon ausgerückt. Sie haben das Lagerleben satt, mehr als die Gefangenen. Es kommen immer mehr SA.-Leute zur Ablösung. Wenn sie zwei Tage hier sind, verlangen sie schon Urlaub. Ein Wachtrupp, der am Sonnabend Nachtzeichen bis 2 Uhr hatte, war am Sonntag vormittags noch nicht in das Lager zurückgekehrt. Die SA.-Leute spielen viel mit den Gewehren herum und es knallt öfters. Wir bleiben die Alten und halten weiter fest zur Sache. Auch für uns kommt die Stunde der Abrechnung.

Ein Schuß und schon ein Toter.

Am Abend des 8. Mai werden Schutzhäftlinge in das besetzte Gebäude der Löbauer Volkszeitung eingebracht. Der 18jährige Landarbeiter Helmuth Sand aus Schönau a. d. Eigen hat als SA.-Mann die Schutzhäftlinge zu bewachen. Während seines Wachdienstes setzt er sich auf kurze Zeit auf ein Faß. Den ihm von seinem Vorgänger im Wachdienst übergebenen geladenen Karabiner, Modell 98, hat er dabei quer über seine Beine gelegt. Als er sich von seinem Platz erhebt, entlädt sich der Karabiner und die Kugel trifft einen Reichsbannermann in den Oberschenkel. Der Schwerverlezte wird sofort in das Stadt-Krankenhaus überführt, aber infolge einer Infektion der Schußwunde stirbt er dort am 11. Mai. Der Verstorbene ist verheiratet und hinterläßt Kinder. — Der SA.-Mann Sand mußte sich vor Gericht wegen fahrlässiger Tötung verantworten. Dort mußte er zugeben, daß er sich beim Erhalt des Karabiners nicht davon überzeugt habe, ob die Waffe gesichert sei. Den fahrlässigen Umgang mit der Waffe hielt das Gericht für bewiesen. Es verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis, mit einer Bewährungsfrist von 3 Jahren. — Das ist so gut wie freigesprochen. Der Tote ist ja nur ein Marxist.

Naziotisches aus einer sächsischen Kleinstadt.

Löbau i. Sa. ist eine typische Nazidomäne. Dort unterhält der Naziführer Daum, der nebenbei Stadtrat ist, ein Café. Sein Bruder ist SA.-Mann und als notorischer Saufbold bekannt. Jetzt hat man ihm die gelbe Jacke ausziehen müssen und ihn in die Irrenanstalt nach Schweidnitz gebracht, weil „der rauhe Krieger" in total besoffenem Zustande auf öffentlicher Straße auf harmlose Passanten schießen wollte.

SA. stiehlt bei Haussuchung.

Eine wilde Horde SA.-Leute dringt in die Wohnung eines führenden Parteifunktionärs. Sie waren schon oft da, aber immer mußten sie erfolglos abziehen. Heute wollen sie nun ganz gründlich Haussuchung abhalten. Die Frau des Genossen hat die Gewohnheit, ihre Geldtasche in dem Topflappenbehälter über dem Ofen zu verbergen. Sie besitzt nur noch wenige Mark. Die SA.-Leute haben sich in der Küche niedergelassen, da klingelt es draußen an der Wohnungstür. Die Frau geht hinaus, ihre Milchfrau ist gekommen. Sie kommt zurück in die Küche, die Geldtasche zu holen, um bezahlen zu können. Aber die Geldtasche ist weg. Sie wird wütend und beschwert sich sofort bei dem mit anwesenden Polizeikommissar, der sich in einem anderen Wohnraum gerade zu schaffen macht. Er kommt mit der Frau zurück, ist ärgerlich über den Vorfall und brüllt die braunen Soldaten an: „Wer hat der Frau die lezten paar Mark gemaust! Heraus damit!" Peinliches Schweigen. Da endlich greift der jüngste der rauhen Krieger langsam in die Hosentasche und bringt die Geldtasche hervor.

Luftmanöver im Dritten Reich.

Zu den großen und kleinen Schiebungen, die „im Zuge der nationalen Erhebung" einander ablösen wie ein Tag den andern, gehört auch der Fall des Fliegers Ernst Udet. Wie man weiß, wurde Udet, der bis dahin mit dem Nationalsozialismus keineswegs sympathisierte, von Ministerpräsident Göring zum obersten Flughelden der deutschen Nation ernannt. Er durfte am 1. Mai über dem Tempelhofer Feld seine Kunststücke zeigen, er wurde geehrt und gefeiert, aber welcher politische Kuhhandel diesen windigen Luftmanövern vorausgegangen war, darüber ist natürlich nichts in die Oeffentlichkeit gedrungen.

Man muß nämlich wissen, daß Udet während des Weltkrieges bei derselben Fliegerstaffel in Ulm stationiert war, der auch Hauptmann Göring angehörte. Und man muß weiter wissen, daß der „von echtem Frontgeist" erfüllte Hauptmann Göring bei Kriegsende der erste war, der, gegen den Willen der andern, kategorisch erklärte, er wolle sich dem neuen Regime zur Verfügung stellen. Darob große Empörung bei seinen Kameraden. Als nun Göring vierzehn Jahre später Ministerpräsident in Preußen wurde, forderte er seine ehemaligen Mitkämpfer auf, einen Revers zu unterschreiben, worin sie sich ehrenwörtlich verpflichten sollten, „gewissen Gerüchten", die über die Person des Ministerpräsidenten Göring in Umlauf seien, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Zur Belohnung machte er Udet zum Admiral der deutschen Luftflotte und ließ ihn am „Tage der nationalen Arbeit" über Berlin schaufliegen.

Wie heißt doch die Melodie, die der Deutschlandsender als Pausenzeichen eingeführt hat? „Ueb immer Treu und Redlichkeit . . ." Wir schlagen einen andern Text vor. Er heißt: Eine Hand wäscht die andere.

Gefangene werden ausgeplündert

Mit besonderem Sadismus werden in Württemberg politische Gegner verfolgt. Dort sind die ersten und größten Konzentrationslager eingerichtet worden, viele tausend Menschen wurden ihrem Erwerb und ihrer Familie entrissen.

Man hat den Schutzhaft-Gefangenen aber nicht nur die Freiheit und die Gesundheit geraubt, man will ihnen jetzt auch noch ihr letztes bißchen Hab und Gut entziehen. Die württembergische Regierung hat angeordnet, daß die in den Konzentrationslagern untergebrachten Gefangenen, soweit sie im Besitz von Vermögen sind, für die Kosten nicht nur ihrer eigenen Schutzhaft, sondern auch für die ihrer Schicksalsgenossen aufkommen müssen.

Die schlimmsten Zuchthäusler werden vor Neid erblassen, wenn sie von diesen barbarischen Methoden erfahren. Die Welt aber wird diese amtliche Mitteilung als einen neuen Beweis tatsächlicher Greuel ansehen.

Christliche Gewerkschaften geächtet

Nur kampfentschlossene Gegenwehr ist nützlich.

Als am 2. Mai der Gewaltstreich gegen die Freien Gewerkschaften erfolgte, schalteten die christlichen Gewerkschaften sich freiwillig gleich. Zur Belohnung wurden ihre Führer in ihren Aemtern belassen und einige von ihnen sogar in den großen Arbeitskonvent der Deutschen Arbeitsfront aufgenommen.

Aber die Futterkrippensucht und die schrankenlose Machtgier der Nazis hat sich nicht lange bändigen lassen. Am 22. Juni hat Ley eine Verfügung erlassen, daß alle katholischen und evangelischen Arbeitervereine als staatsfeindlich betrachtet werden und verschwinden müssen. Der Nationalsozialismus, so hieß es in der Verfügung des Ley, habe den christlichen Gewerkschaften und anderen bürgerlichen Gruppen gegenüber großzügig handeln wollen. Diese Tat sei mit Undank und Unloyalität beantwortet worden. Außerdem habe sich bei den christlichen Gewerkschaften größte Korruption herausgestellt. Die Mitglieder des großen Arbeitskonvents der deutschen Arbeitsfront Otte, Baltrusch, Professor Brauer, Behrends, Stegerwald, Imbusch u. a. wurden deshalb aus der deutschen Arbeitsfront ausgestoßen. Sie alle seien geächtet.

So hat auch die Männer im bürgerlichen Lager, die geglaubt haben, den Nazis Vertrauen schenken zu dürfen, und die bereit waren, zu gemeinsamer Arbeit mit ihnen, sehr bald der Bannfluch getroffen. Die Illusion, sich von den Freien Gewerkschaften trennen zu können, um selbst das Leben und die Existenz zu behalten ist grausam vernichtet. Nicht schmachvolle Unterordnung, nur kampfentschlossene Gegenwehr kann die Macht der Nazis brechen.

Auch das christliche Gewerkschaftsorgan gestohlen!

Die Tageszeitung „Der Deutsche", früher Organ Stegerwalds, des Führers der christlichen Gewerkschaften, wird ab 1. Juli 1933 als Zentralblatt der deutschen Arbeitsfront unter der Herausgeberschaft des Führers der deutschen Arbeitsfront, Dr. Ley, erscheinen.

Neuer Rückzug vor Warschau

Das deutsche Generalkonsulat in London hat einer Reihe polnischer Staatsbürger, die durch Deutschland nach Polen zurückreisen wollten, das Durchreisevisum verweigert, weil sie Juden sind. Diese Nachricht wurde laut Daily Herald vom polnischen Konsulat in London auch bestätigt. Inzwischen aber hat die polnische Regierung gegen diese Benachteiligung ihrer Staatsbürger, die infolge Verweigerung der deutschen Durchreisevisums große Umwege machen mußten, mit dem Erfolge protestiert, daß nunmehr das Durchreisevisum wiederum ohne Rücksicht auf Konfession oder Abstammung allen polnischen Staatsbürgern erteilt wird.

Der Geßlerhut

Die „Kreuzzeitung" berichtet, daß das Amtsgericht Karlsruhe einen Bahnangestellten, der bei der Absingung des Horst-Wessel-Liedes sich weigerte, den Arm zu erheben, wegen groben Unfugs verurteilt hat, mit der Begründung, daß der Hitlergruß zu einem Symbol des ganzen deutschen Volkes geworden ist.

Ein Tag der deutschen Schmach!

Zur Geschichte der Judenhetze

Die Verfolgung der Juden in Deutschland nimmt wieder größeren Umfang an. Die Entlassung aller jüdischen Angestellten zum 1. Oktober ist angeordnet, jüdische Kaufleute werden nach wie vor boykottiert, jüdische Aerzte und Rechtsanwälte trotz Zulassung an der Ausübung ihres Berufes verhindert. Was am 1. April, dem Tage des öffentlichen Judenboykotts nicht erreicht wurde, soll jetzt durch zähe unterirdische Arbeit nachgeholt werden.

Das folgende Kapitel: „Ein Tag der deutschen Schmach!" das wir einer Broschüre entnehmen, die die Sozialistische Arbeiter-Internationale der Weltöffentlichkeit als „Das erste Quartal der Herrschaft Hitlers" vorlegen wird, besitzt deshalb aktuelle Bedeutung.

„Es rast der See und will sein Opfer haben!"

In völliger Verkennung der Stimmung in der Welt wurde am 27./28. März in Besprechungen zwischen Reichskanzler Hitler und Reichspropagandaminister Goebbels auf Hitlers Landsitz bei Berchtesgaden der Boykott gegen die deutschen Juden beschlossen. Der neue Reichspropaganda-Minister stand angesichts der wachsenden Weltbewegung gegen die Terrorgreuel in Deutschland vor seiner ersten großen Fachaufgabe. Es hat sich herausgestellt, daß er lediglich über die Register der unwahrhaftigen Massenaufpeitschung aus seinen Versammlungen verfügte. In jahrelanger Agitation unter sinnlos aufgepeitschten Massen hat er sich ein Maß von Zynismus und Menschenverachtung angeeignet, das ihn unfähig macht, echte moralische Empörung, die die ganze Welt ergriffen hatte, zu verstehen. Er glaubte, der öffentlichen Meinung des Auslandes gegenübertreten zu können wie einer von nationalsozialistischem Rausch befallenen Massenversammlung. Die Empörung des Rechtes und der Gesittung sollte unter den Stiefelabsatz getreten werden. Von aller sittlichen Wertung abgesehen, bedeutete dieser Boykottbeschluß ein trauriges Armutszeugnis der neuen Machthaber. Alle Höllenhunde der antisemitischen Hetze wurden unter Führung des Radauantisemiten Julius Streicher aus Nürnberg entfesselt.

Es ist in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen, daß eine Regierung, weil ihr die moralische Verurteilung der unter ihrer Herrschaft verübten Greuel in der öffentlichen Meinung der Welt mißfiel, nunmehr ganz offiziell die Judenverfolgung betrieb. Es muß festgestellt werden,

daß eine Trennung zwischen Regierung und nationalsozialistischer Partei bei dieser Judenverfolgung nicht vorgenommen werden darf.

Dieser Boykott gegen die deutschen Juden war eine offizielle Repressalie gegen die öffentliche Meinung des Auslandes. Es ist ein Zeugnis für den ganzen Mangel an Verständnis für den Geist des Auslandes bei den neuen Machthabern, daß sie glaubten, mit einem solchen brutalen Bekenntnis zum Progrom auf die Mentalität z. B. der englischen Konservativen wirken zu können! Weil aus konservativer Anhänglichkeit an die Grundprinzipien des Rechtsstaates die öffentliche Meinung, beispielsweise in England, sich einhellig gegen die Judenverfolgungen empört hat, sollten die deutschen Juden nun erst recht verfolgt werden! Damit wurde manifestiert, daß der Bruch mit dem Rechtsstaat vollständig war, daß alle Grundrechte, die nicht nur auf dem Papier der Verfassung von Weimar standen, sondern auf tief eingewurzelter moralischer Ueberzeugung beruhten, ausgestrichen waren.

Am 29. März veröffentlichte die Nationalsozialistische Partei ihren Boykottaufruf gegen die deutschen Juden. Am selben Tage erklärte Reichskanzler Hitler in einer Kabinettsitzung, seine Partei habe diesen Boykott proklamieren müssen, „um spontanen Aktionen zuvorzukommen und sie zu kanalisieren." Diese politische Moral nach dem Grundsatz: Wenn andere spontan Juden totschlagen wollen, so schlage ich sie lieber selber organisiert tot, ist der Beweis für das absolut enge Zusammenspiel der Spitze der Reichsregierung mit der Nationalsozialistischen Partei in der Verfolgung der Juden.

Das Reichs-Kabinett wurde vor dem in Berchtesgaden gefaßten Beschluß und den Boykottaufruf als vor eine vollendete Tatsache gestellt.

Der Boykottaufruf der N. S. D. A. P. überschlug sich in aufhetzenden Tönen. Es hieß darin: „Gewissenlose landesverräterische Hetzkampagne ... Lügenverleumdungen, Greuelmärchen ... Ein Klüngel jüdischer Literaten, Professoren und Geschäftemacher ... Verantwortlich sind die Juden unter uns." Es wurde aufgefordert, überall Aktionskomitees gegen die deutschen Juden zu bilden, die Zeitungen auf das schärfste zu überwachen, damit sie die Boykottaufforderung an führender Stelle abdruckten, tausende von antisemitischen Massenversammlungen zu veranstalten und besonders die Juden auf dem flachen Land zu verfolgen. Am 30. März erfolgten neue Anordnungen, unter denen besonders die Aufforderung hervorstach, jüdische Geschäfte mit einem gelben Fleck auf schwarzem Grunde zu kennzeichnen. (Der gelbe Fleck war im Mittelalter, zur Zeit des Ghettos, das Zeichen, das Juden sichtbar auf der Kleidung tragen mußten, um von jedermann schon von weitem als Jude erkannt zu werden). Der Text der Boykottplakate, die an sämtlichen Plakatsäulen Deutschlands angeschlagen wurden, gipfelte in der Behauptung, der Jude ist an allem schuld, der Jude ist unser Unglück. Ein gewaltiger Propaganda-Apparat wurde für die Judenhetze aufgeboten. Die Aufrufe und Anordnungen wurden täglich mehrmals durch alle deutschen Rundfunksender der Bevölkerung mitgeteilt,

alle deutschen Zeitungen wurden gezwungen, diese Boykott-Aufforderung an führender Stelle abzudrucken.

Besonders unwürdig war die Rolle, die ausgesprochen jüdische Zeitungen wie die Blätter des Verlags Rudolf Mosse in Berlin dabei spielten.

Das anständige Deutschland unterlag dem Druck des Terrors. Dennoch setzte eine Gegenwirkung ein, namentlich von den Kreisen, die mit starrem Entsetzen erkannten, wie diese ungeheuerliche Pogromhetze auf das Ausland wirken mußte. Am 31. März wurde der Boykott, der ursprünglich als Dauerboykott gedacht war, auf einen Tag befristet. Aber der ungeheure moralische Schaden, den die Entfesselung dieser barbarischen Pogromhetze dem Ansehen Deutschlands zugefügt hat, war damit nicht wieder gutzumachen.

Schon am 30. und 31. März erfolgten in allen Teilen Deutschlands Boykottaktionen. Am 31. März, abends, jubelte das Organ des Reichspropagandaministers Goebbels in Berlin, der „Angriff": „Die Stunde ist da." Am 1. April rollte sich das traurige Schauspiel des Judenboykotts ab, das auf ewig eine Schande für Deutschland bleiben wird. Was an diesen Tagen an ideellen Werten in Deutschland und für Deutschland zerstört worden ist, ist unübersehbar. Die Schließung von Geschäften, die Beschimpfung jüdischer Geschäftsinhaber, die Beschmierung ihrer Geschäfte mit unflätigsten Beleidigungen, die Zerstörung ihres Kredits, die Entfesselung des gemeinsten Konkurrenzneides und der niedrigsten Radauinstinkte, das war das Werk der neuen Machthaber.

Der Haß und die Verblendung gingen soweit, daß jüdische Kinder aus den Schulen nach Hause geschickt wurden, mit der Begründung, daß an jüdische Kinder kein Schulunterricht erteilt werden dürfe!

Es muß zur Ehre des deutschen Volkes festgestellt werde, daß sich trotz dem Terror überall Stimmen des Protestes, des Zornes und der Empörung gegen die Boykott-Banden des Reichskanzlers und des Reichspropagandaministers erhoben haben. Es zeigte sich, daß die Moral im deutschen Volke noch nicht völlig erloschen ist. Aber dieser Tag der Schande und des Irrsinns läßt sich nicht auslöschen. Die willfährigen Organe der Regierung versicherten, es sei alles in völliger Ruhe und ohne Störung der Ordnung abgegangen. Nachrichten über schwere Ausschreitungen wurden unterdrückt. In Kiel verteidigte sich ein aufs schwerste bedrängter Jude mit der Waffe gegen eine Pogrombande. Die amtliche Meldung fälschte den Tatbestand in einen unprovizierten Angriff des Juden um. Der Unglückliche wurde später von den Pogrombanden aus dem Polizeigefängnis herausgeholt, ohne daß die Polizei ihn schützte. Er wurde ermordet.

Es ist kein Zweifel, daß die Befristung der öffentlichen Boykottaktion nicht zuletzt auf die ungeheure Empörung zurückzuführen war, die sich der öffentlichen Meinung des Auslandes bemächtigt hat. Aber der stumme Pogrom wurde nun erst recht mit verbissener Wut weiter durchgeführt. Er richtete sich in erster Linie gegen jüdische Intellektuelle, Richter, Rechtsanwälte und Aerzte.

Was jüdische Gelehrte und Forscher, was jüdische Philantropen und Aerzte in Deutschland für das Volk und seine Wohlfahrt wie für die Wissenschaft geleistet haben, soll von der antisemitischen Welle ausgelöscht werden.

Die Verfolgung und Existenzvernichtung der Juden ist grausam und schrankenlos. Die Zahl der jüdischen Rechtsanwälte, die an den Gerichten zugelassen werden, wird überall auf ein lächerliches Minimum beschränkt. Aus den Krankenhäusern sind jüdische Aerzte restlos verdrängt worden. Die Zeiutngen wurden gezwungen, jüdische Redakteure und Mitarbeiter zu entlassen. In wirtschaftlichen Organisationen, Börsenvorständen, Maklervereinigungen wurden die Juden hinausgeworfen. In den Schlacht- und Viehhöfen werden jüdische Händler und Metzger nicht mehr zugelassen. Täglich laufen aus allen Teilen des Reiches Meldungen über die systematische Existenzvernichtung der Juden zusammen.

Ein besonders empörender Fall ist

der Fall des Verlages Rudolf Mosse in Berlin,

der neben anderen Zeitungen das in der Welt bekannte „Berliner Tageblatt" herausgibt. Diese Zeitung war ein freiheitliches Organ, daneben ein ausgesprochenes jüdisches Familienblatt. Der Besitzer ist Jude. Unter dem Druck des Terrors änderte das „Berliner Tageblatt", wie die anderen in diesem Verlag erscheinenden Zeitungen seine Meinung vollständig. Diese Zeitungen wurden zu Dienern und Speichelleckern des neuen Systems. Die führenden Redakteure dieser Zeitung wurden rücksichtslos auf die Straße geworfen, jeder jüdische Name aus dem Redaktionsstab ausgemerzt. Damit aber nicht genug. Der jüdische Besitzer dieses Verlages hat sich dem Druck des antisemitischen Terrors so weit gefügt, daß er 120 jüdische Angestellte seines Verlages, darunter kleinste Leute mit niedrigsten Einkommen auf Verlangen der Boykotthetzer auf die Straße geworfen hat. Diese Angestellten haben sich nichts zuschulden kommen lassen, sie sind brotlos gemacht worden und gehen einem traurigen Lose entgegen, nur, weil sie Juden sind!

Eine derartige Unterwerfung eines bisher im Ausland hoch angesehenen Verlages unter den niedrigsten Antisemitismus läßt auf die Stärke des stummen Pogromes schließen. Das Mittel, das vorzugsweise dabei angewandt wird, ist die Drohung mit der Auflösung von Bankverbindungen und Kreditdrosselung. Es sind daran Banken beteiligt, an deren Spitze bisher noch in der ganzen Finanzwelt hoch angesehene Juden stehen. Bis jetzt noch!

Dieselbe Drohung wurde auch gegen andere Unternehmungen angewandt: Am 5. April meldete die Handels-Presse:

„Die folgenden Vorstandsmitglieder der Leonhard Tietz A. G.-Köln haben dem Aufsichtsrat ihre Aemter zur Verfügung gestellt: Dr. Alfred Leonhard Tietz, Julius Schloß, Franz Levy, Franz Baumann, Gerhard Tietz. Ferner haben die Herren Max Grünbaum, Max Baumann, Albert Bendix, Fritz Hochheimer, Kurt Meyer, Louis Schloß, Dr. Fritz Oppenheimer, Dr. P. Rosenberg ihre Aemter als Mitglieder des Aufsichtsrats der Gesellschaft niedergelegt. Bei der Tochtergesellschaft des Unternehmens, der E. H. P. A. G. für Einheitspreise-Köln sind die Herren Dr. Eliel, Franz Levy, Julius Schloß und Gerhard Tietz aus dem Aufsichtsrat, die Herren Ernst Baumann und Hans Cahen aus dem Vorstand ausgeschieden."

Ebenso hat das gesamte Präsidium des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser E. V.-Berlin seinen Rücktritt erklären müssen, das geschäftsführende Präsidialmitglied, Professor Georg Bernhard mußte endgültig aus dem Verbande ausscheiden.

In der gesamten Konfektion geht ebenfalls ein stummer Pogrom vor sich. Er betrifft nicht nur Inhaber und leitende Angestellte, sondern auch die mittleren und unteren Gruppen von Angestellten und Arbeitern.

Wer Jude ist wird entlassen.

Städtische Gesellschaften boykottieren systematisch jüdische Lieferanten, jüdische Angestellte und Arbeiter werden entlassen.

Diese Existenzvernichtung des Judentums geht unaufhaltsam weiter. Die schlimmste und erbärmlichste Form der Rassenkämpfe wird von den neuen Machthabern in Deutschland unter Einsatz der Staatsmacht gefördert. Der antisemitische Jargon ist Staatssprache geworden. Die Berliner Polizei nahm Haussuchungen in vornehmlich von Juden bewohnten Vierteln vor. Sie benannte diese Aktion offiziell „Razzia im Berliner Ghetto". Ein Rundfunkwagen begleitete die Polizisten. Beamte, Polizeiärzte und Berichterstatter beschimpften die jüdische Bevölkerung während der Haussuchung mit antisemitischen Gemeinheiten.

Letzte Verzweiflung hat die betroffenen deutschen Juden ergriffen. Die Zahl der Selbstmorde von Juden ist unheimlich angewachsen. Ein einzig erschütternder Fall vom 1. April aus Heidelberg: Ein junger Jurist, hochbegabt, auf das glänzendste beurteilt, wurde aus dem Amt gewiesen, weil er Jude ist. Als er heimkehrte, sah er an der Tür seiner väterlichen Wohnung — sein Vater ist ein hochangesehener Mediziner — den gelben Fleck. Der junge Mann, der dem Lande, dem er dienen wollte, nicht dienen durfte, der sich und die Seinen verfolgt sah wie Aussätzige oder Verbrecher, hat sich selbst den Tod gegeben. Bei den gegenwärtigen Machthabern in Deutschland wiegt das Leben eines Juden federleicht. Aber es ist die große Hoffnung des anständigen Deutschland, **daß noch nicht alle Moral und Menschlichkeit in der Welt erstorben ist!**

Pardon wird nicht gegeben!

Das Wort, das der sogenannte Minister Goebbels neulich zitierte — „Pardon wird nicht gegeben!" — stammt aus einer Ansprache, die Wilhelm II. im Sommer 1900 an die Truppen des Generals von Waldersee richtete, als diese im Bremerhafen eingeschifft wurden, um an der Niederwerfung des Boxeraufstandes in China teilzunehmen. Wilhelm II. sagte damals:

„Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wie der Hunnenkönig Etzel seinen Namen furchtbar machte für alle Zeiten, so sollt ihr dafür sorgen, daß 1000 Jahre lang kein Chinese mehr es wagt, einem Deutschen scheel anzusehen.

Damals schrie die ganze Welt vor Entsetzen darüber auf, daß ein deutscher Kaiser seinen Soldaten die Hunnen als Vorbild empfohlen und ihnen befohlen hatte, nach Hunnenart wehrlose Gefangene abzuschlachten. Als dann nach 14 Jahren der Weltkrieg ausbrach, erinnerte die Ententepresse wieder an die berüchtigte Hunnenrede der tollen Kaisers, und in der ganzen Welt nannte man die Deutschen „die Hunnen".

Jetzt hat der Propagandaminister des Dritten Reiches die Erinnerung an diese Hunnenrede durch ein eindruckvolles Zitat aus ihr wieder aufgefrischt. Man kann nicht bestreiten, daß dieses Zitat aktuell ist. Denn die Folterung und Tötung wehrloser Gefangener ist heute in Deutschland gang und gäbe. Der Unterschied zwischen einst und jetzt besteht nur darin, daß es sich nicht mehr um Chinesen handelt, denen kein Pardon gegeben wird, sondern um deutsche Familienväter und Frontkämpfer, die nach keinem Gesetz der Welt sich etwas zuschulden kommen ließen und die in jedem zivilisierten Lande der Welt als geachtete Bürger gänzlich unangefochten leben dürften.

Was aber China betrifft, so saß 1919 sein Vertreter in Versailles bei der Ueberreichung des Friedensvertrages an der Tafel der Sieger. Wilhelm, der Hunnenredner, war aber schon in Amerongen und ging später nach Doorn.

Braune und schwarz-weiß-rote Emigranten

In Prag und Paris mehren sich die landflüchtigen Stahlhelmer, atmen in „Feindesland" auf und zeigen sich hocherfreut darüber, daß es noch Demokratien gibt und daß man beim „Erbfeind" vor der „nationalen Erneuerung" sicher ist. Zwei von ihnen erklärten vor Prager Emigranten-Ausschüssen, sie seien geflohen, weil sie zuviel wußten und weil ihnen die „Einigung aller Deutschen" lebensgefährlich wurde. Da der Zuzug von dieser Seite andauert, wäre es Bruderpflicht der Deutschnationalen, endlich eigene Emigrantenkomitees einzurichten, denn sie können doch die erste Hilfe für geflohene Stahlhelmer nicht allein den Demokraten und Sozialisten überlassen. Die deutschnationalen Blätter aller Abarten hingegen mögen ruhig weiter auf die „marxistischen Ausreißer" schimpfen. Aber sie sollten allmählich sagen, wie sie sich zu den landflüchtigen Erneurern zu stellen gedenken, zumal im Ausland sehr bald mit dem Andrang getürmter Naziopposition eller zu rechnen ist. Wer soll sich da überhaupt noch auskennen? Oesterreichische Naziausreißer sind auf der Flucht vor Dollfuß bereits in Deutschland eingelaufen, deutsche Naziopposition flüchtet hinter den Stahlhelmern her nach Kopenhagen und Zürich, Prag und Paris — es ist notwendig, daß berufene nationale Ausschüsse in dieses Durcheinander endlich Ordnung bringen.